

Lebensinhalt, Job oder Nirwana?

Zur Rolle und Verfügbarkeit der Arbeit in der DDR und in der BRD

Für DDR-Bürger war die Arbeit ihr Lebensinhalt. Sie stellte ihr entscheidendes gesellschaftliches Handeln dar, dem sich alles andere unterordnete. Die Arbeit diente und dient der Befriedigung der materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse des einzelnen, seiner Familie, und auch der nicht, noch nicht, oder nicht mehr arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft.

Grundsätzlich gelten diese Prämissen in allen sozialen Entwicklungsetappen, aber die Realisierung der Gesetzmäßigkeiten bedarf des bewußten Handelns der Individuen, und das ist verschieden. Hier werden diese so und dort anders umgesetzt. Entscheidend dafür sind die gesellschaftlichen Verhältnisse und das Handeln der führenden politischen Kräfte, an denen es liegt, ob die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden oder nicht.

Die in der DDR im Bunde mit ihren Partnern aus dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen herrschende Partei der Arbeiterklasse hatte dafür gesorgt, daß das Recht auf Arbeit in der Verfassung verankert und damit zum Gesetz erhoben wurde. Dem sozialistischen Staat oblag die Aufgabe, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeit zum Nutzen des ganzen Volkes organisiert wurde.

Diese Gesetzeskonstellation und deren Verwirklichung sind ursächlich dafür, daß es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gab. Das bedeutete indes nicht, daß alle arbeitsfähigen Menschen in einem Arbeitsverhältnis standen. Es gab nämlich auch Bürger, die aus verschiedenen Gründen das Recht auf Arbeit nicht in Anspruch nahmen. Sie konnten so handeln, denn eine Arbeitspflicht bestand nicht. Die Aussage, es habe keine Arbeitslosigkeit gegeben, trifft dennoch zu. Allerdings war der in der BRD verwandte Begriff einer „Vollbeschäftigung“ gegenstandslos.

Richten wir nun den Blick auf die BRD unserer Tage. Dort sieht es ganz anders, aber nicht besser aus.

Vollbeschäftigung gibt es nicht, statt dessen aber Millionen Arbeitslose. Sie sind von dem wichtigsten Lebenselement praktisch ausgeschlossen. Ihre offene oder verschleierte Zahl wuchs in den letzten Jahren auf fast 6 Millionen. Der Staat ist dazu gezwungen, die Ausgesonderten so oder so zu finanzieren. Er sucht durch Arbeitslosengeld 1 und 2, Hartz IV, Mini-Jobs, Mietzuschüsse, Grundsicherungsausgleich und weitere Gelder die Misere „abzufedern“. Angesichts des Ausmaßes der Erwerbslosigkeit kann das aber nur teilweise gelingen. Dem Staat und den Verantwortlichen entgleitet trotz aller Kosmetik die Lösbarkeit des Problems. Verordnung folgt auf Verordnung, immer neue Finanzierungsquellen werden gesucht, wobei

nicht wenig im Sumpf der Bürokratie versickert.

Gegen ihren Willen aus dem Arbeitsprozeß Ausgegliederte verkümmern materiell wie moralisch. Ihre einst erworbenen Qualifikationen reichen in den meisten Fällen nicht mehr aus, um den heutigen Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen. Sie werden von einer vermeintlichen Fortbildungsmaßnahme zur nächsten wei-



Karikatur: Reiner Schwalme

tergereicht, ohne dadurch einen auf Dauer sicheren Job zu erhalten.

Die Kinder der Arbeitslosen passen sich oftmals dem erzwungenen Nichtstun ihrer Eltern an. Sie vernachlässigen die Schule, tauchen ins Fernsehen ab, das ihnen kaum ethische Werte vermittelt. Nicht selten versuchen sie dort präsentierten „Idolen“ nachzueifern, wodurch die Spirale der Gewalt noch stärker bedient wird.

Saisonbedingt sinkt oder steigt die Zahl der Arbeitslosen. Fällt die Rate, spricht man von einem „neuen Jobwunder“. Obwohl sich die offizielle Zahl der vom Arbeitsprozeß weiterhin Ausgeschlossenen nach der frisierten Statistik immer noch gegen drei Millionen bewegt, beginnt man von „Vollbeschäftigung“ zu phantasieren. Das kann doch wohl nicht ernst gemeint sein! Trotz einer Vielzahl von Tricks zur statistischen Beschönigung und der Herausnahme ganzer Kategorien tatsächlich Erwerbsloser hat sich am Wesen der Dinge nichts geändert. Zwar gibt es heute tatsächlich Hunderttausende Arbeitslose weniger als vor Jahresfrist, doch die Erklärung der Frau von der Leyen, in der BRD könne man quasi von Vollbeschäftigung ausgehen, ist blanker Hohn!

Kehren wir nun zur DDR zurück.

In den Betrieben wurde der Gestaltung der Arbeitsbedingungen große Aufmerksamkeit gewidmet. Man richtete eigens Struktureinheiten mit der Bezeichnung „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation (WAO)“ ein. Deren Aufgabe bestand darin, die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen, genauer: die Arbeitsaufgaben, die Arbeitsplätze und die Arbeitsumgebung so zu gestalten, daß die eingangs formulierten Ansprüche und Ziele im Sinne der Persönlichkeitsförderung erfüllt werden konnten.

Da hieß es z. B., die Arbeitsbedingungen sollten progressiv sein. Gefordert wurde damit eine Kombination aus materiellen und geistigen Anforderungen. Verlangt wurde auch eine stimulierende Wirkung des Arbeitsumfeldes. Mit anderen Worten: Die Betriebsangehörigen sollten sich im Arbeitsprozeß wohl fühlen und zu hohen Leistungen angeregt werden. Gefordert wurde eine unfallsichere und gesundheitszutragliche Gestaltung der Arbeitsplätze und der Arbeitsumwelt. Im Grunde genommen ging es darum, ohne Überforderung der Arbeitskräfte eine möglichst hohe Arbeitsproduktivität und Effektivität zu erreichen.

Die Arbeit sollte aber nicht nur Verausgabung von Muskel- und Geisteskraft sein, die den Lebensunterhalt der Menschen sicherte. Sie sollte darüber hinaus auch der Ausbildung und Formung der Persönlichkeit dienen. Das überließ man nicht dem Selbstlauf. Die Beschäftigten wurden umfassend in die Arbeit eingewiesen, hatten Konsultationsmöglichkeiten und besuchten auf Kosten des Betriebes Bildungs- und Weiterbildungsveranstaltungen. Auch die Arbeitsbedingungen selbst unterlagen organisierter Gestaltung. Sie erfolgte mit dem Ziel, den Werktätigen Erfolgserlebnisse zu verschaffen, vor allem aber die Möglichkeit, sich damit selbst zu bestätigen und stolz auf eigene Arbeitsleistungen zu sein. Das proklamierte und vor Ort auch angesteuerte Ziel bestand darin, allseitig gebildete Persönlichkeiten entstehen zu lassen.

Eine solche Aufgabenstellung ist äußerst anspruchsvoll und kann nur in einem ständigen Prozeß ohne Abschluß und Ende bewältigt werden. Präziser: Sie ist permanent zu leisten.

Es wäre jedoch vermessen und eine unzulässige Übertreibung, wollte man behaupten, in den DDR-Betrieben hätte es nur noch nach wissenschaftlichen Kriterien gestaltete Arbeitsplätze gegeben. Das hätte eines wesentlich längeren Zeitabschnittes bedurft. In der volkseigenen Wirtschaft wurde diese Jahrhundertaufgabe aber immerhin in Angriff genommen.

Wenden wir uns erneut der BRD zu:

Wie hat sich die Arbeitsorganisation dort abgespielt? Verbal strebt man auch

in kapitalistischen Unternehmen eine ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen als Voraussetzung hoher Profiterwirtschaftung an. „Menschengerechte Arbeit“ nennt man das dort. Inhaltlich geht es darum, körperliche Überbelastungen und die Schädigung der Arbeitenden zu vermeiden. Da haben gewisse Bemühungen – zumindest auf den ersten Blick – durchaus einiges mit dem zuvor Geschilderten gemeinsam.

Im Betriebsverfassungsgesetz ist dazu festgelegt, daß die Betriebsräte „angemessene“ Schritte zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich bestehender oder durch Maßnahmen entstehender Belastungen verlangen können. So weit, so gut. Aber zunächst einmal ist festzustellen, daß es in vielen kapitalistischen Betrieben überhaupt keine Betriebsräte gibt. Wer soll in diesen Fällen also etwas verlangen? Und selbst dort, wo Betriebsräte bestehen, sind das durchaus keine dem Betrieb gegenüber neutralen Instanzen, wie z. B. gewerkschaftliche Arbeitervertretungen, sondern zum jeweiligen Unternehmen gehörende Einrichtungen, deren Personal vom Betrieb entlohnt wird. Da kann man in vielen Fällen doch nur sagen: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“ Tatsächlich wurden immer wieder Korruptionsskandale aufgedeckt, in die Mitglieder von Betriebsräten verwickelt waren. Man denke nur an VW!

Arbeitsbedingungen, wie sie in den volkseigenen Betrieben der DDR gesetzlich geregelt waren, wird man in Betrieben der BRD vergebens suchen!

Wie verhielt es sich dort?

Alle Beschäftigten wurden nach Tarif entlohnt, weshalb es auch keines Mindestlohns bedurfte. Arbeitszeitregelungen und Urlaubsansprüche waren Bestandteil der Tarifverträge. Überstunden unterlagen der Genehmigungspflicht und wurden grundsätzlich vergütet. Für erschwerte Arbeitsbedingungen gab es besondere Zuschläge, auf welche die Beschäftigten Anspruch hatten. Jährlich vereinbarte der VEB mit der jeweiligen Gewerkschaftsleitung weitere innerbetrieblich zu regelnde Details in einem Betriebskollektivvertrag.

Jeder Betrieb verfügte über einen Prämienfonds, der zu Lasten der Kosten gebildet wurde. Seine Höhe hing von der Zahl der Beschäftigten, dem Lohnfonds und der Erfüllung der Planaufgaben ab. Besondere Leistungen einzelner und der Arbeitskollektive konnten damit materiell anerkannt und gewürdigt werden.

Die DDR stiftete auch staatliche Auszeichnungen in Form von Medaillen, Orden und Titeln, mit denen eine materielle Anerkennung verbunden war. In vielen Staaten ist es üblich, daß Orden und Ehrenzeichen an Angehörige der Streitkräfte verliehen werden. Natürlich gab es das in

der DDR auch, hauptsächlich aber wurden überdurchschnittliche Leistungen im Arbeitsprozeß auf solche Weise anerkannt. Für vorbildliche Arbeit war eine Auszeichnung als „Aktivist“ vorgesehen. Der damit Dekorierte erhielt neben einer Medaille auch eine Prämie, deren Höhe



Sie legten durch ihre freiwillige Arbeit einen Grundstein für die DDR: Volkspolizisten beim Bau der Talsperre Sosa

Foto: Rudi Brock

der Betrieb festlegte. Dauerhaft herausragende Leistungen wurden mit den Titeln „Verdienter Aktivist“ und „Held der Arbeit“ gewürdigt. Die Verleihung erfolgte auf der Grundlage eines Gesetzes, das am 7. April 1977 in Kraft trat. Darin war auch die Höhe der materiellen Anerkennung geregelt. Ein „Verdienter Aktivist“ erhielt 1000, ein „Held der Arbeit“ sogar 10 000 Mark der DDR.

Insgesamt standen für die Anerkennung besonderer Leistungen in der materiellen Produktion rund 50 staatliche Auszeichnungen zur Verfügung. Etwa dieselbe Zahl war für hervorragend arbeitende Menschen in nichtmateriellen Bereichen vorgesehen.

Die Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen BRD bilden dazu ein krasses Kontrastprogramm.

Seit geraumer Zeit wird über die Einführung von Mindestlöhnen heftig debattiert. Selbst der CDU-Parteitag nahm 2011 zu diesem Thema Stellung.

Mit dem „Tarifvertragsgesetz“ hat der Bundestag weitgehend auf die staatliche Tarifhoheit verzichtet und sie den Tarifvertragsparteien übertragen. Das ist der gravierendste Unterschied zur DDR, wo der Staat diesen Verzicht niemals erklärt oder signalisiert hat. Er war selbst Tarifpartei. Gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeitete er zunächst das Tarifsystem und setzte es dann in die Praxis um.

In der BRD stehen die als Arbeitgeberverbände verkleideten Unternehmerdachorganisationen bei Tarifverhandlungen auf der einen Seite. Meist sind sie branchengebunden, aber auch noch territorial organisiert, so daß sich ihre Anzahl vervielfacht. Gegenwärtig gibt es in der

BRD mehr als 60 solcher Verbände. Überdies kann auch jeder einzelne Konzern einen Firmen- oder „Haustarifvertrag“ abschließen, wenn er die Gewerkschaft als Mitspieler dafür gewinnt.

Tarifvertragspartner auf Seiten der „Arbeitnehmer“, wie Reformisten und Kapitalisten, Parteien und Medien die Werkstätigen verlogenerweise bezeichnen, sind die Gewerkschaften. Sie werden vom DGB als dessen Branchenverbänden repräsentiert. Tarifpartner der Unternehmerseite können aber auch andere sein. Erwähnt seien hier die Christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Beamtenbund, die nicht dem DGB zuzuordnen sind.

In der „Zweismacht“ dominiert eindeutig die Seite des Kapitals. Die Hundts und Ackermanns verfügen über die wirtschaftliche Macht. Ihre „Gegner“, die Gewerkschaften, sind da von Beginn an im Nachteil. Sie besitzen in den Betrieben selbst keine Basis, sondern wirken von außen hinein. Es ist ihnen zwar erlaubt, Kontakt zu den Gewerkschaftsmitgliedern in

den jeweiligen Unternehmen herzustellen, sie müssen aber vorher die Erlaubnis des Konzerns oder der Firma zum Betreten des Betriebsgeländes einholen.

Darüber hinaus gibt es in vielen kleinen und mittleren Firmen überhaupt keine Gewerkschaftsmitglieder, so daß deren Leitungen dort ohne Anknüpfungsmöglichkeiten sind. Das führt zum Fehlen jeglicher Tarifbindung. Die Eigentümer oder Betreiber legen die jeweilige Lohnhöhe, die nicht selten Tarifgehälter der Branchen unterschreitet, nach eigenem Ermessen fest.

In der BRD existieren rund 40 000 (!) Tarifverträge. Es handelt sich dabei um Manteltarifverträge, Branchen- und Flächentarifverträge, Verbandstarifverträge, Firmen- und Haustarifverträge und Einzelabkommen. Das ergibt ein enormes Maß an Unüberschaubarkeit. Das gesamte Tarifsystem ist also ein riesiger Moloch. Die Festlegung eines numerischen Mindestlohnes für die gesamte BRD wäre ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung.

Dahin gibt es zwei mögliche Wege. Erstens: Der Staat könnte es allen Unternehmern per Gesetz zur Pflicht machen, Tariflöhne zu zahlen. In diesem Falle müßten die Nichttarifgebundenen entsprechende Verträge mit den Gewerkschaften abschließen oder in einen bereits bestehenden Tarifverband eintreten. Der zweite Weg aber wäre wohl der einfachere: Man führt einen einheitlichen Mindestlohn ein und erklärt ihn als für alle Betriebe und Einrichtungen verbindlich. Doch solche überschaubaren Lösungen sind von der Regierung des deutschen Kapitals wohl kaum zu erwarten!

Prof. Dr. Erich Dreyer, Dresden

Die an der Dollarschraube drehen ...

In den USA besorgen private Geldinstitute die Banknoten-Emission

Der einflußreiche Politiker Alexander Hamilton gründete 1781 die Bank of North America. Neun Jahre später befürwortete er ein zentrales Bankwesen. Dabei ging es um eine Bank der Vereinigten Staaten, welche mehrheitlich in Privatbesitz sein und die ausschließliche Befugnis zur Geldnotenemission, Steuereintreibung und zur Hinterlegung von Regierungsgeldern haben sollte. Hamiltons Gründe dafür sind uns nicht bekannt, wohl aber, daß sich Thomas Jefferson und James Madison dagegen wandten. Dennoch unterschrieb George Washington am 25. Februar 1791 das Gesetz zur Gründung der Ersten Bank der Vereinigten Staaten. Als Jefferson dann Präsident der Vereinigten Staaten wurde, erklärte er die Bank für verfassungswidrig. 1811 stand die Neubestätigung ihrer auf eine 20jährige Geltungsdauer ausgelegten Charta bevor. Diese wurde abgelehnt. Der englische Bankier Nathan Rothschild, der die amerikanischen Regierungsinteressen in Europa vertrat und Washington diverse Anleihen gewährte, setzte sich indes für die unveränderte Erneuerung der Dokumente des Kreditinstituts ein. Als 1812 der Krieg ausbrach, soll er angeblich die britischen Truppen ermutigt haben, „diesen unverschämten Amerikanern“ eine Lektion zu erteilen und ihren Staat wieder auf den Kolonialstatus zurückzuschrauben. Amerikas Staatsverschuldung stieg sprunghaft auf 127 Millionen Dollar an. Am 10. Mai 1816 unterzeichnete Präsident James Madison einen Erlaß, der die Zweite Bank der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Taufe hob. Damals schrieb Jefferson an den künftigen Präsidenten John Taylor: „Wenn das amerikanische Volk es jemals zuläßt, daß Privatbanken ihre Geldnotenemission kontrollieren, erst inflationär und dann deflationär, werden die Banken und Unternehmen, die sich um sie scharen, dem Volk allen Besitz abspenstig machen, bis ihre Kinder kein Heim mehr auf dem Kontinent haben, den ihre Väter eroberten.“

1835 kam August Belmont (alias Schönberg) nach Amerika. Er stammte aus Frankfurt a. M. und vertrat die Interessen der Rothschild-Bankiers. Belmont wurde Finanzberater des Präsidenten John Tyler, der 1841 zwei Gesetzesvorlagen, die der Bank of the United States eine neue Verfassung geben wollten, durch sein Veto ablehnte. Im Bürgerkrieg finanzierte Rothschild dann den Norden durch seine Gewährsleute Belmont und Jay Cooke, die beauftragt wurden, über zwei Firmen als

Union-Bonds bezeichnete Wertpapiere in Europa zu verkaufen.

Die Finanzierung der Südstaaten wurde hingegen durch John Slidell von einer Advokatenfirma in Louisiana besorgt. Slidell war der Onkel von Belmonts Frau



Die Weltwirtschaftskrise 1929 wurde von den USA-Banken ausgelöst. Sie stürzte Millionen Werkätige in die Arbeitslosigkeit. Unser Bild: Endlose Warteschlangen in den Straßen New Yorks

und Gesandter der Südstaatlerkonföderation in Frankreich. Seine Tochter heiratete den Frankfurter Baron Frederic D'Erlanger, einen Verwandten der Rothschilds. So konnte Slidell günstige Anleihen für den Süden lockermachen.

Im März 1863 erhielt Abraham Lincoln vom US-Kongreß grünes Licht für eine Staatsanleihe zur Finanzierung des Bürgerkrieges von 450 Millionen Dollar, wofür er sogenannte Greenbacks, wie die Schuldscheine (Bonds) hießen, ausstellen ließ. Am 14. April 1865 wurde Lincoln in Washington ermordet. James A. Garfield, nun der 20. Präsident der USA, brachte es auf den Nenner: „Wer immer das Geld der Nation kontrolliert, kontrolliert die Nation.“ Schon 1881, im ersten Jahr seiner Präsidentschaft, fiel auch er einem Attentat zum Opfer.

1902 emigrierten die Frankfurter Brüder Paul Moritz und Felix Warburg nach Amerika. Finanziert von Rothschild, kauften sie sich bei Kuhn, Löb & Co. ein. Sie stammten aus dem Bankiershaus M. M. Warburg, das sich in Frankfurt, Hamburg und Amsterdam etabliert hatte und mit Rothschild liiert war. Ihr Bruder Max arbeitete als Direktor für Auslandsspionage beim deutschen Geheimdienst.

Nachdem Paul Warburg und sein Kollege Jakob Schiff eine äußerst intensive Propaganda für das Konzept einer privaten Zentralbank betrieben hatten, berief

Senator Nelson Aldrich (verheiratet mit einer Rockefeller) am 22. November 1910 eine Versammlung von führenden Bankiers und Mitgliedern der National Monetary Commission zusammen, die sich auf der Insel Jekyll vor der Küste des Südstaates Georgia trafen. Diese war 1888

von den Magnaten J. P. Morgan, Henry Goodyear, Joseph Pulitzer, Edward & George Gould, Cyrus McCormac, William Rockefeller, William K. Vanderbilt und Georg F. Baker gekauft worden.

An der Versammlung nahmen neben Senator Aldrich Frank A. Vanderlip, Vizepräsident der Rockefeller gehörenden National City Bank, und Henry P. Davison von J. P. Morgan & Co. folgende Personen teil: der stellvertretende Finanzminister Abraham Piatt Andrew, Paul Moritz Warburg, Benjamin Strong (Vizepräsident der Morgan Bankers' Trust Company, Eugene Meyer (ein früherer Partner Bernhard Baruchs und Sohn eines Partners der Rothschild-eigenen Bank Lazard Frères, der später die „Washington Post“ kontrollierte), J. P. Morgan; John D. Rockefeller, Jacob Schiff; Herbert Lehman (von Lehman

Brothers); Bernard Baruch (den Präsident Wilson zum Vorsitzenden des Kriegsindustrie-Komitees ernannte, was ihm die Kontrolle über alle Rüstungsverträge für die Alliierten verschaffte); Joseph Seligman, Gründer von J & W Seligman & Co., der während des Sezessionskrieges die Bonds (Schuldscheine) vertrieb und als „Bankier der Welt“ bekannt war; und Charles D. Norton, Vorsitzender der First National Bank of New York. Es wurde gesagt, daß die Eigentümer dieser Insel und die Versammelten, etwa ein Duzend Männer, zusammen ein Sechstel aller Reichtümer der Welt kontrollierten.

Paul Warburg leitete die Versammlung und formulierte die wesentlichen Punkte

Sehr früh stieß die australische Ökonomin und Politikwissenschaftlerin **Dr. Vera Butler** aus Melbourne zum „RotFuchs“-Autorenkreis.

Anläßlich des Internationalen Frauentages grüßen wir die inzwischen 83jährige Marxistin in besonders herzlicher Verbundenheit.



der Gesetzesvorlage, die Senator Aldrich dann durch den USA-Kongreß bringen sollte. Vanderlip schrieb 1935 in seiner Autobiographie „From Farm-boy to Financier“: „Wir wußten, daß wir auf keinen Fall entdeckt werden durften, da unser Zeitaufwand und unsere Anstrengungen sonst vergebens gewesen wären. Hätte man erfahren, daß unsere Gruppe zusammenkam und einen Gesetzentwurf über das Bankwesen schrieb, hätte ein solcher keine Aussicht gehabt, vom Kongreß verabschiedet zu werden. Ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß unsere geheime Expedition auf die Jekyll-Insel die Gelegenheit bot, das Konzept des späteren Federal-Reserve-Systems auszuarbeiten.“

Erst 1916 erschien ein Artikel des Journalisten Bertie Charles Forbes über den „Jagdausflug“ auf die Insel. Drei Jahre nach Verabschiedung des die private „Staatsbank“ aus der Taufe hebenden Federal Reserve Act 1913 sagte Präsident Wilson: „Das Wachstum unserer Nation und alle unsere Handlungen sind in den Händen von einigen Männern. Wir sind zu einer der meistregierten, vollkommen kontrollierten und beherrschten Regierungen der zivilisierten Welt geworden; nicht mehr eine Regierung der freien Meinung, der Überzeugung, der freien Mehrheitswahl, sondern eine Regierung, die von den Ansichten und dem Druck einer kleinen Gruppe von Männern dominiert wird.“

Zu Beginn des 1. Weltkrieges hatte Paul Warburgs Firma Kuhn, Löh & Co. fünf ihrer „Experten“ im amerikanischen Finanzministerium (Treasury) stationiert. Sie verwaltete überdies die Liberty Loans (Freiheitsanleihen), mit denen die Vereinigten Staaten ihre Teilnahme am 1. Weltkrieg finanzierten. Bruder Max half auf der anderen Seite, Deutschlands Kriegskosten über die Familienfirma M. M. Warburg & Co. zu finanzieren.

1914 wurde Benjamin Strong erster Vorsitzender der Federal Reserve Bank. Paul Warburg war Mitglied des als Board bezeichneten Vorstandskomitees, trat aber 1918 wegen seiner deutschen Verbindungen und insbesondere wegen seines Bruders Max zurück. Dieser soll zu den Finanziers der russischen Revolution gehört haben. In seiner Rolle als Direktor des deutschen Geheimdienstes habe er dafür gesorgt, daß Lenin über Deutschland im „plombierten Waggon“ nach Rußland reisen konnte. Das zu dieser Zeit noch bestehende deutsche Kaiserreich habe sich von „revolutionären Ereignissen“ eine Schwächung des Hinterlandes seines russischen Kriegsgegners versprochen.

Der Banking Act 1935 änderte den Namen der Zentralbank in Federal Reserve System. Dieses besteht aus 12 privaten

Federal-Reserve-Banken in 12 verschiedenen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten. Am 23. Mai 1933 erhob der Kon-

Zinsfuß erhöht und gesenkt sowie die im Umlauf befindliche Geldmenge zum Vorteil von Privatinteressen vergrößert oder verkleinert haben. Ich beschuldige sie, den Kursverfall an der New Yorker Börse verursacht zu haben. Ich beschuldige sie, insgeheim die Anrechte auf und die Kontrolle über die Finanzen der Vereinigten Staaten Ausländern und internationalen Kreditgebern übertragen zu haben. Ich beschuldige sie, falsche und irreführende Propaganda in der Absicht betrieben zu haben, das amerikanische Volk zu betrügen und den Verlust der Unabhängigkeit Amerikas zu veranlassen. Ich beschuldige sie des Verbrechens, verräterisch gegen den Frieden und die Sicherheit der Vereinigten Staaten und die Vernichtung ihrer verfassungsmäßigen Regierung konspiriert zu haben.“



Karikatur: NEL (Ioan Cozacu)

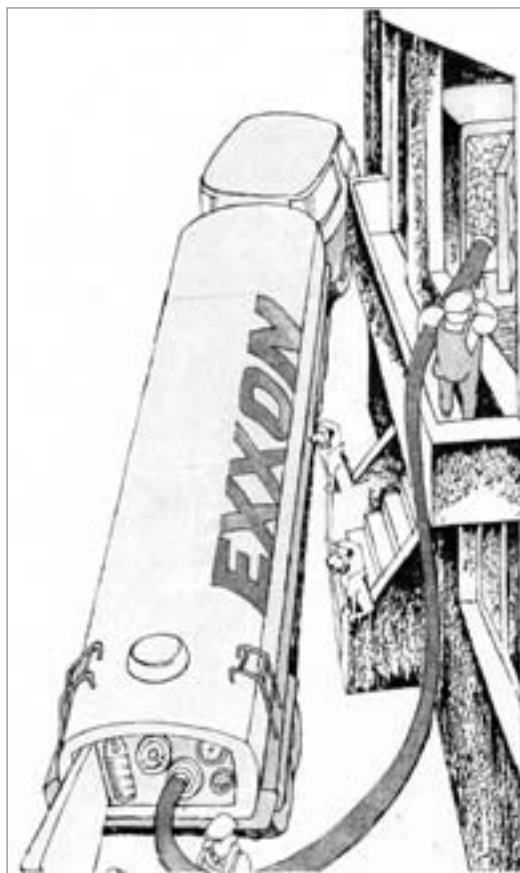
großabgeordnete Louis T. McFadden auf Entlassung (Impeachment) zielende Anklagen gegen die Mitglieder der Federal Reserve: „Ich beschuldige sie einzeln und gemeinsam, daß sie die Nationalwährung der Vereinigten Staaten verworfen haben, damit deren Goldwert in die Hände von

Der erzkonservative republikanische Senator Barry Goldwater schrieb in seinem Buch „Ohne Entschuldigung“: „Scheint es dir nicht eigenartig, daß diese Männer zufällig auch den Council for Foreign Relations (Rat für Auswärtige Beziehungen) verkörpern, und genauso zufällig Mitglieder des Verwaltungsrats (Board of Governors) der Federal Reserve sind, der eine totale Kontrolle über das Geld und den Zinsfuß dieses Landes sowie einer Privatorganisation ausübt, die absolut nichts mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu tun hat?“

Nicht weniger erstaunlich als der Privatcharakter des Federal-Reserve-Systems – dieser gigantischen Noten-Emissionsbank der Vereinigten Staaten – ist der Schleier des Verschweigens, der diesen Umstand vor der Öffentlichkeit der USA verbirgt. Er wird nicht gelegentlich, aber weder erwähnt noch in seinen Auswirkungen analysiert.

Dabei ist gerade hier eine Erklärung für die unglaubliche Währungsmanipulation zu suchen, die mit der Aufkündigung der Goldbindung des US-Dollars durch Präsident Richard Nixon im August 1971 einsetzte. Vorsitzende des „Fed“ wie Arthur Burns in den 70er Jahren und dessen Protegé Alan Greenspan (1987–2006) nutzten ihre Allmacht über die Banknotenausgabe zu einer ungezügelten Geldvermehrung ohne Beispiel – und zwar ungeachtet der Inflationsgefahr und der Untergrabung des internationalen Vertrauens in die Kaufkraft und Stabilität der amerikanischen Währung. Ihre Nachfolger unter den Präsidenten George W. Bush und Barack Obama trieben und treiben den Wahnsinn auf die Spitze. Nutznießer waren und sind die Bankiers und die übrigen „Finanzdienstleister“ der Wall Street, die Großaktionäre des „Fed“.

Dr. Vera Butler, Melbourne



Karikatur: Harald Kretzschmar

Privatinteressen übergänge. Ich beschuldige sie, daß sie 1928 willkürlich und illegal von der amerikanischen Regierung mehr als 80 Milliarden Dollar entwendet haben, willkürlich und illegal den